

Vorlage Nr.: 2023/1324/1

Eingang: 15.02.2024

**IQ-Leitprojekt Sanierung Innenstadt Ost: Entwicklung ehemaliges Postgiroareal - Ergebnis Gutachten und weiteres Vorgehen**  
**Änderungsantrag: DIE LINKE.**

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	20.02.2024	10.1	Ö	Entscheidung

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Es wird vor weiteren Verfahrensschritten ein unabhängiges Gutachten zur Frage eines möglichen Erhalts und Sanierung des Gebäudes des ehemaligen Postgiroamtes eingeholt.
- Es werden Experten für den Erhalt und die Umnutzung von vergleichbaren Gebäuden (Parkhäusern, größeren Gebäuden mit Betontragstrukturen etc.) für dieses Gutachten angefragt.



## **Begründung:**

Das vom Besitzer des Postgiroareals eingebrachte Gutachten liest sich aus Sicht der Linken-Gemeinderatsfraktion wie ein Gefälligkeitsgutachten, um die eigenen Planungen eines Neubaus zu begründen. Die Notwendigkeiten, die sich aus Klimaschutzgründen für die Stadt Karlsruhe ergeben, spielen eine weit untergeordnete Rolle. Zudem sind die Gutachten offensichtlich widersprüchlich und damit ungeeignet für eine fundierte Entscheidung des Gemeinderats.

Bspw. wird im Gutachten von Krebs & Kiefer Ing. „Bewertung Bestand für Umnutzung“ ausführlich auf die hohen möglichen Traglasten der Decken und der Vertikalstruktur des Gebäudes eingegangen. Dies widerspricht der Schlussfolgerung in der Vorlage der Verwaltung: „Aufgrund der Nutzungsdauer von bereits 60 Jahren wären sehr umfangreiche Maßnahmen zur Tragwerksertüchtigung“.

Das Gutachten des Architektur-Büros Moeller Soydan/Berlin erfüllt bereits nicht die selbst beschriebene Aufgabenstellung die „Umnutzbarkeit des Bestandsgebäudes unter den Aspekten ökologischer [...] Nachhaltigkeit und Angemessenheit zu beurteilen.“ Es folgt im weiteren Text kein Wort zu einer ökologischen Betrachtung. Das Gutachten liest sich als reine Architektur-Lyrik und erscheint als Entscheidungsgrundlage nicht geeignet.

Wir hatten bereits in unserem früheren Antrag mit der Forderung einer Planung der Stadt, die eine Sanierung des Gebäudes fordert, aufgeführt:

Eine breite Koalition aus Architektur, Forschung und Politik, fordert mittlerweile, gemeinsam mit Umweltverbänden, Gebäudeabrisse temporär zu stoppen und eine nötige Neuregelung der derzeit gültigen Vorschriften vorzunehmen (<https://abrisssmatorium.de/>). Der BUND in Karlsruhe hat sich ähnlich lautend mehrfach zu Neubauprojekten in Karlsruhe kritisch geäußert.

Die Stadtverwaltung sollte eigentlich wissen, dass es auch anders geht. In unterschiedlichen Verfahrensschritten einer Bebauungsplanung bzw. -genehmigung können Auflagen vereinbart bzw. zur Bedingung gemacht werden. Ohne die Schaffung von Planrecht mit einem neuen Bebauungsplan, kann der Eigentümer das Grundstück nicht in seinem Sinne sinnvoll verwerten. Die Stadt kann mitentscheiden!

Wir fordern, dass das Gebiet um das Ettlinger Tor mit ECE, Landratsamt, Staatstheater und Postgiroamt nicht weiter zur CO<sub>2</sub>-Schleuder Karlsruhes ausgebaut wird. Ein Abriss des Postgiroamts würde, angesichts seiner Bauweise, erneut die CO<sub>2</sub>-Bilanz massiv belasten.

Die Stadt sollte zukünftige Abrisse sehr kritisch beleuchten und neue Wege unterstützen, Sanierungen statt Neubauten durchzuführen. Es ist klimafreundlicher und wahrscheinlich auch wirtschaftlicher, eine Sanierung des Postgiro-Gebäudes durchzuführen. Die Genehmigung zusätzlicher Nutzungsflächen in Gestalt eines Hochhauses würde einen Neubau u.U. für den Investor profitabler erscheinen lassen. Für die Stadt sollte jedoch Klimaschutz den Vorrang haben.

Unterzeichnet von

Mathilde Göttel

Karin Binder

Lukas Arslan